

# Alles so schön elektronisch?

Viele Staaten in Europa haben die E-Steuerverwaltung im Griff - im Gegensatz zu Deutschland.

Constanze Hacke  
Köln

Eigentlich sollte in diesen Tagen für die Lohnsteuerkarte endgültig das elektronische Zeitalter beginnen. Nun aber müssen Steuerpflichtige nicht nur bis zur üblichen Frist am morgigen 30. November ihre Freibeträge für das laufende Jahr überprüfen. Sie müssen sich auch mit den Kinderkrankheiten des Projekts elektronische Lohnsteuerkarte herumschlagen. Denn derzeit erhält jeder Steuerzahler ein Schreiben des Finanzamts, in dem die elektronisch gespeicherten Lohnsteuermerkmale aufgelistet sind. Diese gilt es abzugleichen. Der Deutsche Steuerberaterverband berichtet bereits davon, dass bei den Finanzämtern waschkorbeweise die Änderungsanträge von Betroffenen ankommen: Mal werden alte Daten gar nicht, mal falsch übernommen, Kinderfreibeträge sind plötzlich verschwunden oder die Steuerklassen geändert.

Dabei sollte mit der elektronischen Lohnsteuerkarte alles einfacher werden - für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Finanzämter. Der Plan: Die Finanzverwaltung kann zentral und einheitlich alle Besteuerungsmerkmale in einer bundesweiten Datenbank verwalten. Doch die Einführung des neuen Verfahrens lässt weiter auf sich warten. Was in anderen Staaten längst Standard ist, bleibt in der deutschen Steuerverwaltung noch Zukunftsmusik.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat vor kurzem eine entsprechende Studie vorgelegt. Es wurde untersucht, welche Trends und Entwicklungen sich bei den elektronischen Dienstleistungen für Steuerzahler ergeben. Das Resultat: Die Mehrheit der OECD-Staaten bietet ein ausgedehntes Netz an elektronischen Möglichkeiten in der Steuerverwaltung. „Dazu zählen Internetauftritte, auf denen der Steuerpflichtige nicht nur Informationen erhält, sondern auch Rechtsgeschäfte erledigen kann; außerdem die Möglichkeit, Steuern elektronisch anzumelden und zu zahlen, Onlinezugänge zu persönli-

chen Steuerinformationen oder auch vorausgefüllte Steuererklärungen“, erläutert Richard Highfield von der Abteilung internationale Zusammenarbeit und Steuerverwaltung in der OECD. Auch in Deutschland wird ein Teil der Steuererklärungen online abgewickelt. Allerdings besteht hier laut OECD noch viel Potenzial, das derzeit nicht ausgeschöpft wird.

Ganz weit vorn in der elektronischen Steuerliga spielen die skandinavischen Länder. Sie alle bieten ihren Steuerzahlern eine komplett vorab ausgefüllte Steuererklärung in elektronischer oder in Papierform an. In Dänemark erhalten die

meisten Steuerpflichtigen schlicht eine Nachricht, dass die Steuererklärung erledigt ist - und können sich dann in ihr persönliches Steuerkonto einloggen, um gegebenenfalls Änderungen vorzunehmen. Aber auch Irland, die Türkei, Spanien und Slowenien sind in puncto elektronische Steuerverfahren in den vergangenen Jahren weit gekommen. So stellt Irland allen Arbeitgebern vorausgefüllte Steuerzertifikate für ihre Arbeitnehmer zur Verfügung, die sie beim Abzug der Einkommensteuer berücksichtigen sollen. Laut OECD-Studie sorgen solche und andere E-Government-Verfahren in der Finanzverwaltung in vielen Ländern für mehr

## „Die föderale Struktur erschwert die Abstimmung und fördert Konkurrenz.“

Torsten Wunderlich  
Datev-Informationsbüro

ausgefüllte Steuerzertifikate für ihre Arbeitnehmer zur Verfügung, die sie beim Abzug der Einkommensteuer berücksichtigen sollen. Laut OECD-Studie sorgen solche und andere E-Government-Verfahren in der Finanzverwaltung in vielen Ländern für mehr

Effizienz und weniger Kosten. Aber nicht alle europäischen Staaten sind so weit fortgeschritten, wie Steuerberater Karl Walter Schmidt weiß, der bei der ETL-Gruppe für anwaltliche Dienstleistungen den internationalen Bereich leitet: „Bei den tschechischen Kollegen beispielsweise funktioniert das noch nach alten Mustern und in Papierform.“ Trotzdem glaubt er, dass kleinere Länder generell besser mit der elektronischen Steuerverwaltung zurechtkommen: „Kleinere Einheiten sind flexibler, man hat kürzere Wege und der Datenpool ist kleiner. Da klappt es naturgemäß besser.“ Das sei am Beispiel Irlands oder auch in den baltischen Staaten zu beobachten.

## Ursachenforschung für deutsches Versagen

Für den OECD-Steuerexperten Richard Highfield liegt eine weitere mögliche Ursache im föderalistischen Prinzip. Selbst in der Schweiz sei zumindest die Umsatzsteuerverwaltung komplett zentralisiert. Torsten Wunderlich, Leiter des Datev-Informationsbüros Berlin, sieht das ähnlich. Vor allem bei IT-Projekten erschwere die föderale Struktur Abstimmungen. „Sie fördert Konkurrenzverhalten“, meint Wunderlich. Zudem würden IT-Projekte häufig als „politische Manövriermasse“ genutzt.

Doch es mangelt hierzulande auch an der Akzeptanz in der Bevölkerung. Der Bund der Steuerzahler hat bereits vor einiger Zeit in einer Umfrage ermittelt, dass die vorausgefüllte Steuererklärung skeptisch betrachtet wird: Drei Viertel der Befragten lehnten einen solchen Service des Finanzamts, der 2013 auch in Deutschland eingeführt werden soll, ab. Gleiches gilt nach Auffassung von Wunderlich für Behörden: „Das Beharrungsvermögen etablierter organisatorischer Abläufe wird unterschätzt.“ Agiere ein Amt seit Jahren vornehmlich mit dem klassischen Fax, sei es schwierig, elektronische Prozesse einzuführen.

